6.11.1917

Die gesetzliche Organisation der Juden in Polen.

Von Justizrat Waldstein,
Reichstags- und Landtagsabgeordneter.

In den erfreulichsten Erscheinungen dieser Kriegszeit geht die Verordnung, die der Generalgouverneur v. Beseler als Träger der Gesetzgebungsgewalt am 1. November 1916 über die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau erlassen hat. Sie kennzeichnet den Unterschied zwischen russischer und deutscher Staatsauffassung im allgemeinen und zwischen den russischen und deutschen Tendenzen gegenüber der Judenheit im besonderen. Die jüdenfeindliche Haltung der russischen Regierung äußerte sich nicht nur in den der Welt bekannten Ausnahmegeetzen und in andauernden Verfolgungen und Bedrückungen, sondern auch darin, daß sie dieser religiösen Minderheit, die 14 bis 15 Prozent der Gesamtbevölkerung, in den Städten aber bis zu 50 Prozent und mehr umfaßt, die Möglichkeit einer einheitlichen Organisation verweigerte. Es durften sich nur einzelne Gemeinden von primitiver Verfassung bilden, ein Zusammenschluß war nicht gestattet. Dieser Organisationsmangel gehörte zu den Mitteln, mit denen die russische Regierung die Judenheit systematisch und grundsätzlich kulturell baniederhielt.

Im Gegensatz hierzu steht die neue religiöse Gemeindeverfassung. Nach ihr bilden die Juden des Generalgouvernements Warschau „eine Religionsgesellschaft“ des öffentlichen Rechts. Sie gliedert sich in Gemeinden und Kreisgemeinden und hat ihre Spitze im „Obersten Rat der Juden“. Die Grundlage bildet die Gemeinde, beruhend auf dem Prinzip der örtlichen Gemeindeverwaltung: die in einer politischen Gemeinde wohnenden Juden bilden eine jüdische Gemeinde; benachbarte Orte können zu einer Gemeinde zusammengelegt, größere Orte in mehrere örtlich abgegrenzte Gemeinden zerlegt werden. Aufgabe der Gemeinde ist die Pflege des religiösen Lebens, die Erziehung der Jugend, die Armenpflege und soziale Fürsorge. Die Gemeinde hat, soweit nicht dem Bedürfnis anderweitig genügend Rechnung getragen ist, die für die Jugend erforderlichen Schulen zu unterhalten; als solche gelten auch die sogenannten Cheder Schulen, soweit sie ein genügendes Maß von Elementarunterricht erteilen. Der Vorstand verwaltet die Gemeinde; er besteht aus vier Gemeindebürger gewählten Mitgliedern und dem Rabbiner. Die Wahl ist direkt und geheim und erfolgt für vier Jahre. Wahlberechtigt sind die mindestens 25 Jahre alten männlichen Gemeindebürger, die schreiben und lesen können, mindestens zwei Jahre in der Gemeinde wohnen und die Gemeindeumlagen zahlen. Für das passive Wahlrecht gelten die gleichen Voraussetzungen, aber Vollendung des 30. Lebensjahres. Der Vorstand stellt alljährlich einen Haushaltsplan auf und schreibt die Gemeindeumlagen aus. Haushaltsplan und Umlageliste unterliegen der Genehmigung des Obersten Rates oder des Verwaltungsrates der Kreisgemeinde. Besondere Bestimmungen gelten für jüdische Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern: diesen „Großgemeinden“ kann die staatliche Aufsichtsbehörde eine besondere Verfassung verleihen; sie können aus der Kreisgemeinde herausgehoben und dem Obersten Rat unmittelbar unterstellt werden. Sie werden verwaltet durch die Gemeindebevollmächtigten, eine repräsentative Körperschaft, und durch den Verwaltungsrat. Die Gemeindebevollmächtigten werden von den Gemeindebürgern in zwei Kurien je zur Hälfte nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt. Zur ersten Kurie gehören die Wähler mit Hochschulbildung, diejenige, die eine Mittelschule oder eine staatlich anerkannte Fachschule für Handwerker oder Landwirte mit Erfolg besucht haben, sowie wer von einem durch den Obersten Rat anerkannten Kollegium den Rabbinertitel erlangt hat; also die Kulturtäger. Die anderen Gemeindebürger bilden die 2. Kurie. Die Gemeindebevollmächtigten üben etwa die Rechte eines Parlamentes aus und entscheiden in wichtigeren, ihnen besonders zugewiesenen Verwaltungsangelegenheiten. Sie wählen den Rabbiner und den Verwaltungsrat. Dieser unterliegt der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde und führt die laufende Verwaltung, soweit sie nicht den Gemeindebevollmächtigten obliegt.

Die im Bereich eines Kreises liegenden Gemeinden bilden, soweit sie nicht kreisfreie Großgemeinden sind, die Kreisgemeinden. Mehrere Kreise können zusammengefaßt werden. An der Spitze der Kreisgemeinde steht der Verwaltungsrat. Er besteht aus elf Mitgliedern, von denen drei Rabbiner sein müssen; drei Mitglieder ernannt die Aufsichtsbehörde, die anderen acht, darunter die drei Rabbiner, wählen die Gemeinden des Kreises durch Wahlmänner. Wahlmänner für die Gemeinden sind ihre Vorstandsmitglieder und die Verwaltungsräte der nicht kreisfreien Großgemeinden. Die Wahlen erfolgen nach dem Verhältnisystem. Auf bis zu 5000 Wähler der Gemeinde entfällt je eine Stimme. Die Kreisgemeinde unterhält die dem Kreise gemeinsamen Anstalten und Einrichtungen, insbesondere Krankenhäuser, Waisenhäuser und Erziehungsanstalten, höhere Schulen und dergleichen. Sie überwacht die Einzelgemeinden, unterstützt leistungsschwache Gemeinde und vertritt ihre Einzelgemeinden vor den staatlichen Kreisbehörden.

Der Oberste Rat der Juden, die Zentralbehörde der jüdischen Religionsgesellschaft, sitzt in Warschau und besteht aus vierzehn weltlichen und sieben rabbinischen Mitgliedern. Vier weltliche und zwei rabbinische ernannt die Landeszentralbehörde; die anderen zehn weltlichen und fünf rabbinischen Mitglieder werden von den Kreisgemeinden und den kreisfreien Großgemeinden durch Wahlmänner gewählt. Wahlmänner sind die gewählten Mitglieder der Verwaltungsräte der Kreis- und Großgemeinden. Auf je 50 000 jüdische

Einwohner des Kreises entfällt eine Wahlstimme. Die Wahl ist geheim und erfolgt nach dem Verhältnisystem auf 8 Jahre. Der vom Obersten Rat erwählte Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende bedarf staatlicher Genehmigung. Der Oberste Rat übt die der Religionsgesellschaft als solcher zustehenden Korporationsrechte aus, überwacht und leitet die Tätigkeit der Kreis- und Einzelgemeinden, hat für seine Zwecke ein Umlagerrecht gegenüber diesen Gemeinden, schafft gemeinsame Einrichtungen für das gesamte Land oder einen größeren Teil desselben und unterstützt leistungsschwache Gemeinden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Obersten Rates ist die moralische und kulturelle Hebung des Rabbinats sowie die ständige Dienstaufsicht über die Rabbiner. Der Oberste Rat stellt die Grundzüge über ihre Zulassung zum Amte fest und führt ein Verzeichnis der hiernach zugelassenen Bewerber. Der Rabbiner muß in der Regel die polnische und die jüdische Sprache, d. h. den deutsch-jüdischen Landesdialekt, in Wort und Schrift beherrschen, soll eine vorbildliche Lebensweise führen, die ihn seines Amtes würdig erweist, und soll sich geschäftlicher Unternehmungen enthalten. Jede Gemeinde wählt einen für Lebenszeit angestellten Gemeinderabbiner, der Mitglied des Vorstandes ist, Gehalt, Pension und Hinterbliebenenversorgung bezieht und nur im Wege eines geordneten Disziplinarverfahrens auf Antrag des Obersten Rates durch die Landeszentralbehörde wegen Unfähigkeit oder Pflichtverletzung aus dem Amte entfernt werden kann. Neben dem Gemeinderabbiner können weitere Rabbiner angestellt werden, in den Großgemeinden auch für bestimmte Rabbinatsbezirke. Der Gemeinderabbiner hat die Aufsicht über die religiösen Einrichtungen, die Kultusbeamten, Religionslehrer und Schächter in der Gemeinde. Er hat das ausschließliche Recht zum Vollzuge von Trauungen und Ehescheidungen.

Innerhalb jeder Gemeinde dürfen sich Kultusvereine bilden mit weitgehender, von der Landeszentralbehörde zu regelnder Selbständigkeit in der Ordnung ihrer Angelegenheiten; eine Einrichtung, die jeder religiösen Minderheit die Möglichkeit der Betätigung sichern und sie gegen Unterdrückung durch die Mehrheit schützen soll.

Die staatliche Aufsicht über die Gemeinden führt der Kreischef und die Landeszentralbehörde.

Ubergangsvorschriften regeln in schonender Weise die allmähliche Ueberleitung aus den bisherigen Zuständen.

Dies sind die Grundzüge der neuen Ordnung. Sie ist in ihrer Konstruktion folgerichtig und durchsichtig und mit logischer und juristischer Schärfe durchgeführt. Der Aufbau in drei Staffeln — Ortsgemeinde, Kreisgemeinde, Landesgemeinde — entspricht dem praktischen Bedürfnis und verbindet die Vorteile einer Dezentralisation mit denen einer Vereinheitlichung. Das Prinzip der reinen Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht ist durchbrochen durch die von der Aufsichtsbehörde in die höheren Verwaltungsorgane entsendeten Mitglieder. Diese Durchbrechung ist gerechtfertigt durch die Primitivität der bisherigen Zustände und die mangelnde Erfahrung der Gemeinden im eigentlichen Verwaltungsdienste; es wird Aufgabe der Gemeinden sein, durch ihre Bewahrung die Entbehrlichkeit dieser staatlichen Einnischung im Laufe der Zeit zu erweisen. Das Prinzip der religiösen Toleranz ist gewahrt durch die Möglichkeit des freien Kultusvereins; der Oberste Rat und die staatliche Aufsicht werden auf die strenge Wahrung der Gewissensfreiheit zu achten haben. Die Ordnung beruht auf dem Grundgedanken der Toleranz gegenüber der gesamten Judenheit, aber auch zugunsten aller Richtungen und Individuen. Er ist demgemäß auch von allen Richtungen im allgemeinen freundlich begrüßt und als ein erheblicher Fortschritt anerkannt worden. Das ist um so mehr bemerkenswert, als bei den polnischen Juden eine eingewurzelte Neigung zur Kritik und zu überreiztem Mißtrauen die wenn auch begreifliche, so doch beklagenswerte Folge eines Jahrhunderts russischer Tyrannei ist. Von zionistischer und jüdisch-nationaler Seite ist eingewendet worden, man hätte statt einer jüdischen Religionsgemeinschaft eine nationale jüdische Kulturgemeinschaft mit ausreichender Autonomie schaffen sollen. Wir wollen hier auf die Streitfrage der jüdischen Nationalität in Polen und ihrer gesonderten autonomen Gestaltung innerhalb des Staatsganzen nicht eingehen; sie gehört nicht hierher. Denn sie ist eine Frage der Gesamtverfassung des Landes und kann nur gemeinsam mit dieser gelöst werden. Wichtig und erfreulich bleibt es unter allen Umständen, daß die deutsche Regierung offensichtlich bemüht ist, auch dem jüdischen Volksteil in Polen zu helfen und gerecht zu werden in bewusster Abkehr von den barbarischen Methoden der russischen Regierung; das beweist die vorliegende Ordnung. Es ist daher zu erwarten, daß das gleiche Bestreben sie auch bei der Regelung der staatlichen Verhältnisse und der Verfassung leiten wird. Daß auf diesem Gebiete große Schwierigkeiten und Streitfragen zu überwinden sind, entgeht niemandem, und es kommt vielleicht weniger darauf an, ob sie in dieser oder jener Form gelöst werden, als auf den Geist der Verwaltung, auf den Geist, in welchem die Gesetze ausgeführt werden. Diese Schwierigkeiten sind in der Schichtung der jüdischen Bevölkerung und in ihrem unerfreulichen Verhältnis zu der christlichen Mehrheit der Bevölkerung begründet, ferner auch in dem primitiven wirtschaftlichen Zustande der Juden, Unbestände, an denen die Juden selbst höchstens einen Teil der Schuld tragen und sicherlich nicht den größten. Auch die Assimilanten stehen der neuen Verordnung im allgemeinen nicht unfreundlich gegenüber. Allerdings gibt es unter ihnen Leute, die überhaupt von keiner Judenordnung, sei es auf staatlichem oder religiösem Gebiet, etwas wissen wollen. Sie dünken sich himmelhoch erhaben über den orthodoxen Juden im langen Rock, und sind im Grunde doch von dem Ghetto, von dem sie sich weltweit entfernt glauben, insofern innerlich abhängig, als sie gänzlich durch die Furcht vor dem Ghetto beherrscht werden und jede jüdische Erinnerung, demgemäß auch jede jüdische Or-

ganisation als peinlichen Ueberrest verwerfen. Sie ziehen den jetzigen Zustand der Anarchie und der Verwilderung auch der verständigsten und toleranteren Ordnung vor. Aber diese würdelosen, von aller Geschichte losgerissenen Menschen sind auch unter den polnischen Assimilanten bei weitem nicht der herrschende Typus, und auch von ihnen wird hoffentlich mancher durch eine freundlichere Entwicklung eines besseren belehrt werden und sich dann in Reich und Glied stellen. Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich begreiflicherweise, aus entgegengesetzten Gründen, bei einem Teile der Orthodoxie. Er wünscht, daß der gegenwärtige Zustand bleibe und fürchtet eine Störung seiner Ziele. Auch das ist aber eine vereinzelte Erscheinung, und sie findet sich namentlich nicht bei der führenden Warschauer Orthodoxie. Die Mehrheit aller Parteien ist verständlich und erkennt die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Zustandes an. Man müßte in der Verordnung auf die Orthodoxie Rücksicht nehmen und hat dies getan. Denn man durfte nicht im Wege staatlichen Zwanges in die religiöse Entwicklung als solche eingreifen, auch nicht im Sinne einer Liberalisierung; man hätte hiermit auch keinen Erfolg oder höchstens den entgegengesetzten erzielt. 80 Prozent der polnischen Juden sind orthodox und haben ihre idealen Werte bisher ausschließlich im orthodoxen Glauben und Herkommen ihrer Väter gefunden; sie allein haben sie im Glend aufrecht erhalten und ihr Werteschatz gerettet. Diese Werte zu vernichten, ohne gleichzeitig neue Kulturwerte zu schaffen, ist keine Aufgabe der Staatsverwaltung. Das wäre nicht Liberalismus gewesen, sondern ein nur sich selbst aufgeblähter Absolutismus. Aufgabe der Staatsverwaltung kann es nur sein, freie Bahn zu schaffen für eine von innen heraus kommende Entwicklung und die Schaffung eines Gemeindefriedens für alle Richtungen. Auf diesen Gedank erberuht schließlich auch die den Rabbinern in der neuen Ordnung eingeräumte bedeutungsvolle Stellung. Den neuen Selbstverwaltungsorganen hätte bei der orthodoxen Mehrheit die erforderliche Autorität gefehlt bei Ausschaltung ihrer religiösen Führer, der Rabbiner. Innere Hebung der Rabbiner, aber nicht ihre Ausschaltung war hiernach geboten. Der Rabbiner muß ein Organ und Hauptträger der Entwicklung bleiben. Diese muß sich mit ihm und nicht gegen ihn vollziehen.

Ob die neue Gemeindeordnung die Erwartungen erfüllen wird, die sich an sie knüpfen, hängt von sehr vielen noch ungewissen Faktoren ab; vor allem von dem Gebrauch, den die Juden selbst von ihren neuen Rechten machen werden, von ihrer Fähigkeit zur Toleranz und zur Verträglichkeit. Wichtig und weise genutzt kann die neue Gemeindeordnung — bei aller Kritik, die gegen Einzelheiten am Platze, für die hier aber nicht der Raum ist — ein Werkzeug sein, nicht nur für die kulturelle Entwicklung der polnischen Juden, sondern namentlich für eine Hebung ihrer Stellung im Rahmen des Gesamtstaates und damit für die Entwicklung des Staates selbst. Auch für die Polen und den polnischen Staat als solchen ist es ein formeller und materieller Vorteil, daß er durch die organisatorische Zusammenfassung der Judenheit, wenn sie auch nur unter religiösen Gesichtspunkten erfolgt ist, die Möglichkeit gewinnt, auf sie als Ganzes einzuwirken und mit ihr sich in geordnete Beziehungen zu setzen. Denn der neue auf weltlicher Kultur aufgebaute Polenstaat wird nur als ein Rechtsstaat bestehen können, der nicht nur verfassungsmäßig, sondern auch in der täglichen Übung der Verwaltung die Gleichberechtigung der Konfessionen anerkennt und übt. Hoffen wir, daß das Ergebnis des Krieges die Hoffnungen der christlichen wie der jüdischen Polen gleichmäßig erfüllt: sie sind vom gleichen Schicksale abhängig.